

GESUNDHEITSREFORM

**Wer trägt am Ende
die Last?**

HAUSÄRZTE

**Praxen stellen sich auf
harte Einsparungen ein**

GESUNDHEITSREFORM

**Gesundheit und Pflege
brauchen Mut**



Senioren brauchen verlässliche gesundheitliche Versorgung



Gesundheitsreform Wer trägt die Last – und wer schützt die Alten



Inhalt

- 3 Editorial
- 4 **Gesundheitsreform:**
*Wer trägt die Last –
und wer schützt die Alten?*
- 8 **Hausarztpraxen von harten
Einsparungen betroffen**
*Versorgung steht in ganz
Deutschland auf dem Spiel*
- 11 **Kolumne**
**Gesundheit und Pflege
brauchen Mut!**
von Klaus Holetschek MdL
- 12 **Serie – Alt werden ...**
in Südafrika
- 14 **Aus der Redaktion**
- 15 **Informationen aus
den Landesvereinigungen**



11

Gesundheit und Pflege brauchen Mut! Klaus Holetschek MdL



8

Hausarztpraxen von harten Einsparungen betroffen Versorgung steht in ganz Deutschland auf dem Spiel



Impressum

Herausgeber: Senioren-Union der CDU Deutschlands, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, E-Mail: senioren-union@cdu.de | **Chefredaktion:** Robin Becht, Astrid Birkhahn | **Redaktion:** Gabriele Grabowski | **Verlag und Anzeigenleitung:** Union Betriebs-GmbH (UBG), Egemannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon: 02226 802-213, Fax: 02226 802-222, www.ubg365.de | **Geschäftsführer:** Jonathan Schreyer, Frank Stuch | **Projektleitung:** Sonja Bach-Meiers | **Art-Direktion:** UBG Agentur | **Titelbild:** Vivid Vista/adobe.stock.com + KI generiert

Anzeigenverkauf: Alle Nielsen-Gebiete – Verlagsvertretung Getz, Telefon: 02205 86179, E-Mail: info@getz-medien.de | Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. „alt & jung“ erscheint viermal jährlich, als Online-Magazin.



Liebe Leserinnen und Leser,

mehr als ein Jahr ist vergangen, seit ich das Amt des Bundesvorsitzenden unserer Senioren-Union übernehmen durfte. Wenn ich auf diese Zeit zurückblicke, dann tue ich das mit großer Dankbarkeit – und auch mit ein wenig Stolz auf das, was wir gemeinsam erreicht haben.

Die Senioren-Union ist wieder politisch präsent. Wir haben ein starkes Vorstandsteam und die Basis wird stark eingebunden. Wir mischen uns ein, wir beziehen Position, wir machen klar, dass die CDU die starke Stimme der Älteren braucht und, was das Wichtigste ist, wir haben die Politik tatsächlich verändert. Unsere Erfahrung ist kein Blick zurück, sondern eine wichtige Grundlage, um die Zukunft unseres Landes mitzugestalten.

Besonders freue ich mich darüber, dass es uns gelungen ist, die Senioren-Union wieder stärker in unserer Partei und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu verankern. Wir haben gute und verlässliche Kontakte aufgebaut, unsere Positionen werden gehört und wir bringen uns in die politischen Debatten ein. Dabei geht es uns nicht allein um klassische „Seniorenthemen“. Die Zukunft der Rente und der Pflege, eine gute Gesundheitsversorgung und die Teilhabe älterer Menschen ge-

hören selbstverständlich dazu. Aber ebenso beschäftigen uns die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, die innere und äußere Sicherheit, die Zukunft Europas und der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Politische Arbeit besteht jedoch nicht nur aus Erfolgen. Sie verlangt gerade in schwierigen Zeiten Zuversicht und Standfestigkeit. Durch die Wahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wissen wir, dass die politische Lage nicht einfach ist. Die Parteien der politischen Mitte stehen unter Druck, die Unzufriedenheit vieler Bürgerinnen und Bürger ist groß und politische Gewissheiten, die lange selbstverständlich erschienen, gelten nicht mehr überall.

Gerade deshalb müssen wir für unsere Werte kämpfen. Wahlen werden nicht durch Umfragen entschieden, sondern am Wahltag. Unsere Aufgabe als Union muss es sein, den Menschen zuzuhören, Probleme klar anzusprechen und glaubwürdige Antworten zu geben. Dazu gehört auch, deutlich zu machen, wofür die CDU steht: für Freiheit und Verantwortung, für Sicherheit, für wirtschaftliche Vernunft, für ein christliches Wertefundament und für den Zusammenhalt der Generationen.

Auch wir als Senioren-Union können unseren Beitrag dazu leisten. Unsere Mitglieder verfügen über einen großen Schatz an Erfahrung. Viele von Ihnen engagieren sich seit Jahrzehnten in ihren Gemeinden, Vereinigungen und Verbänden. Sie wissen, dass Demokratie davon lebt, dass Menschen nicht nur zuschauen, sondern sich einbringen.

Nach meinem ersten Jahr als Bundesvorsitzender bin ich deshalb vor allem eines: zuversichtlich. Wir haben gemeinsam viel erreicht, aber wir haben noch viel vor. Die Senioren-Union wird auch weiterhin, wenn notwendig, unbequem sein, aber vor allem konstruktiv, und vor allem politisch deutlich vernehmbar.

Dafür bitte ich Sie weiterhin um Ihre Unterstützung, Ihre Ideen und Ihr Engagement.

Herzlichst,
Ihr

Hubert Hüppe
Bundesvorsitzender der
Senioren-Union der CDU



Gesundheitsreform:

Wer trägt die Last – und wer schützt die Alten?



GKV-Sparpaket bedeutet für viele Menschen Zuzahlungen

Die gesetzliche Krankenversicherung steckt in der Klemme, und die Politik hat reagiert: Mit dem sogenannten GKV-Sparpaket hat der Bundestag Anfang Juli eine der umstrittensten Gesundheitsreformen der letzten Jahre beschlossen. Für viele Versicherte bedeutet das höhere Zuzahlungen und Einschnitte bei einzelnen Leistungen. Was bedeutet das konkret für die Senioren?

Offiziell heißt GKV-Sparpaket „Beitragssatzstabilisierungsgesetz“ – kurz GKV-BStabG. Der Bundestag hat es am 10. Juli 2026 mit 319 zu 286 Stimmen bei vier Enthaltungen verabschiedet, der Bundesrat stimmte am selben Tag zu. Ziel des Gesetzes: die Ausgaben der Krankenkassen bremsen, damit die Beiträge nicht weiter durch die Decke schießen.

Kurzfristig soll das Gesetz eine Finanzierungslücke von rund zwei Milliarden Euro im

laufenden Jahr schließen. Für 2027 sind bereits Einsparungen von knapp 19 Milliarden Euro vorgesehen. Ohne diese Maßnahmen, so die Warnung aus dem Bundesgesundheitsministerium, hätte der durchschnittliche Zusatzbeitrag zum Jahreswechsel von 2,9 auf 3,9 Prozent steigen können. Genau das wollte die Koalition aus CDU/CSU und SPD verhindern.

Warum fehlt der GKV das Geld?

Die Ausgaben der Krankenkassen wachsen schneller, als irgendjemand erwartet hatte: Allein im ersten Quartal 2026 legten sie um acht Prozent zu. Dahinter stecken mehrere Entwicklungen gleichzeitig – eine älter werdende Bevölkerung mit mehr chronischen Erkrankungen, teurere Medikamente und Behandlungen sowie steigende Krankenhauskosten. Die Einnahmen der Kassen halten mit diesem Tempo schon lange nicht mehr Schritt.



Mehr Infos:

Umfassendes GKV-Sparpaket nimmt letzte Hürden

www.aok.de



Was sich mit dem Sparpaket für Versicherte ändert

www.tagesschau.de





Wer soll zahlen?

Das war der eigentliche Streitpunkt in den monatelangen Verhandlungen. Ursprünglich wollte der Bund vor allem Geld aus dem eigenen Haushalt heraushalten und die Last stärker den Kassen und Versicherten überlassen – daran gab es auch in den eigenen Koalitionsreihen Kritik. Am Ende trägt der Bund nun selbst einen Teil mit, doch der größere Anteil der Einsparungen kommt aus dem System selbst: von den Krankenkassen, den Kliniken und – über höhere Zuzahlungen – auch von den gesetzlich Versicherten. Die Pharmaindustrie kommt vergleichsweise gut weg: Auf einen

„Ziel des Gesetzes: die Ausgaben der Krankenkassen bremsen, damit die Beiträge nicht weiter durch die Decke schießen.“

ursprünglich geplanten, dynamisch steigenden Herstellerrabatt für Medikamente wurde verzichtet.

Was ändert sich für Senioren konkret?

Es gibt eine gute und eine weniger gute Nachricht.

Die gute zuerst: Bei den Einschnitten rund ums Krankengeld – die insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro jährlich einsparen sollen – sind Rentnerinnen und Rentner ausdrücklich ausgenommen, ebenso wie Eltern kleiner Kinder, Eltern von Kindern mit Behinderung und pflegende Angehörige. Hier greift die Reform also nicht direkt in Ihre Tasche.

Weniger erfreulich: Am Zusatzbeitrag kommen auch Sie nicht vorbei. Als Rentnerin oder Rentner zahlen Sie über die Krankenversicherung der Rentner (KVdR) den vollen Beitragsatz von 7,3 Prozent plus die Hälfte des jeweiligen Zusatzbeitrags auf Ihre gesetzliche Rente – die andere Hälfte übernimmt die Rentenversicherung. Steigt oder bleibt der durchschnittliche Zusatzbeitrag hoch, spüren Sie das direkt bei der monatlichen Rentenzahlung. Die Pflegeversicherung tragen Sie als Ruheständler ohnehin komplett allein, mit 3,6 Prozent bzw. 4,2 Prozent, wenn Sie kinderlos sind.

Hinzu kommen die generellen Änderungen, die für alle gesetzlich Versicherten gelten und Sie als Patientin oder Patient im Alltag treffen: höhere Zuzahlungen bei bestimmten Leistungen und Einschnitte etwa bei Zahnersatz-Festzuschüssen. Wie stark sich das im Einzelfall auswirkt, hängt von Ihrer persönlichen Situation ab – ein Blick auf den nächsten Rentenbescheid und die Mitteilungen Ihrer Krankenkasse lohnt sich in den kommenden Monaten also besonders.

Die Koalition hat zudem angekündigt, nach der Sommerpause noch nachzubessern – unter anderem bei der psychotherapeutischen Versorgung. Das Thema Gesundheitsreform ist mit diesem Gesetz also noch nicht abgeschlossen. ■

Wo wird gebremst?

Mehrere Sparhebel greifen gleichzeitig:

- **Verwaltung und Werbung:**

Die Krankenkassen dürfen ihre Verwaltungs- und Werbeausgaben 2026 nur noch begrenzt steigern.

- **Innovationsfonds:**

Der Fördertopf für neue Versorgungsideen wird 2026 einmalig auf 100 Millionen Euro halbiert, die Kassen müssen ihn zeitweise nicht mehr mitfinanzieren.

- **Kliniken:**

Krankenhäuser werden bei der Pflege- und Ärzte-Personalbemessung entlastet – kurzfristig um mehr als eine Milliarde Euro, in den Folgejahren um weitere zwei Milliarden. Die verbindlichen Pflegepersonaluntergrenzen gelten künftig nicht mehr für alle Leistungsbereiche als Pflicht.

- **Information der Versicherten:**

Kassen müssen Sie künftig nicht mehr eigens informieren, wenn sie den Zusatzbeitrag erhöhen. Verbraucherschützer warnen, dass dadurch faktisch das Sonderkündigungsrecht ausgehöhlt wird – wer die Erhöhung nicht bemerkt, wechselt auch nicht die Kasse.

Hausarztpraxen von harten Einsparungen betroffen

Versorgung steht in ganz Deutschland auf dem Spiel



Das deutsche Gesundheitssystem steht unter akutem Spardruck. Finanz- und Strukturreformen sind unvermeidlich; darüber herrscht eine – in der Gesundheitspolitik eher ungewöhnlich – breite Einigkeit. Entsprechend wurde auch das Reformpaket der eigens dafür beauftragten Finanzkommission im

März trotz mancher Kritik als wichtiger und überfälliger Schritt angesehen. Auch von unserem Verband.

Das Spargesetz, das die damalige Bundesgesundheitsministerin Nina Warken dann aber kurz vor der Sommerpause durchs Kabinett brachte, ist kein ausgeglichenes Spargesetz wie es die Kommission vorgeschlagen hat, sondern geht weit darüber hinaus – und setzt damit die hausärztliche Versorgung in ganz Deutschland aufs Spiel.



Zur Person:

Prof. Dr. med. Nicola Buhlinger-Göpfarth, Bundesvorsitzende des Hausärztinnen- und Hausärzteverbands.

Viele Leistungen werden gestrichen

Die Hausarztpraxen sind im Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BStabG) gleich an mehreren Stellen von harten Einsparungen betroffen. Zum einen müssen sie Kürzungen mittragen, die für alle Fachgruppen gelten. So wird etwa die Grundlohnrate als fixe Obergrenze etabliert. Leistungen, wie die Beratung zur Organspende oder die Befüllung der elektronischen Patientenakte, werden gestrichen. Dann gibt es aber auch Kürzungen, die auf den Kern der hausärztlichen Versorgung zielen – und damit klar über die Vorschläge der Finanzkommission hinausgehen.

Fatal sind vor allem die vorgesehenen Abschlüsse in den Verträgen zur Hausarztzentrierten Versorgung. In der Hausarztzentrierten Versorgung, kurz HZV, schließen Patient und Praxis gemeinsam einen Versorgungsvertrag mit der Krankenkasse. Die Praxis wird zur ersten Anlaufstelle des Patienten. Sie übernimmt damit die Primärversorgung und koordiniert die Behandlung, wenn mal ein Spezialist nötig ist. Durch das BStabG wird die HZV nun eingebremst. Praxen sollen, wenn sie mehr Patientinnen und Patienten koordiniert versorgen, weniger Vergütung erhalten. Das ist genauso absurd, wie es klingt.

Eine weitere Kürzung betrifft die erst vor einhalb Jahren eingeführte Entbudgetierung. Durch diese sollten Haus- und Kinderarztpraxen gestärkt werden, indem ihre Arbeit nicht mehr gedeckelt, sondern vollständig vergütet wird. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, besonders angesichts der finanziellen Herausforderungen, vor denen unsere Praxen in vielen Regionen stehen. Nun soll mit dem Spargesetz die Entbudgetierung teilweise rückabgewickelt werden.

Viele Praxisinvestitionen werden bereits jetzt gestrichen

Im kommenden Jahr sollen diese Maßnahmen nun kommen. Viele Praxen reagieren aber bereits heute auf die erwarteten Honorarkürzungen: Personalausreibungen werden zurückgenommen, Praxisinvestitionen gestrichen, die Praxisübernahme auf den letzten Metern eingestellt.

Das Gesetz sendet das klare Signal: Mehr Arbeit und mehr Qualität lohnen sich nicht mehr. Dem werden gerade ältere Kolleginnen und Kollegen folgen und frühzeitig aus der Versorgung aussteigen. Medizinabsolventinnen und -absolventen werden die Kürzungen zudem davon abhalten, sich für den Hausarztberuf zu entscheiden. Das ist eine Spirale, die gerade in ländlichen Regionen zu riesigen Versorgungslücken führen kann.

„Das Gesetz sendet das klare Signal: Mehr Arbeit und mehr Qualität lohnen sich nicht mehr.“

Bisher waren die Hausarztpraxen immer die verlässlichste Anlaufstelle im Gesundheitssystem. Keine langen Wartezeiten, keine langen Fahrtwege, ausreichend Akuttermine. Durch die beschlossenen Kürzungen wird sich das ändern – wenn jetzt nicht gegengesteuert wird.

Warum torpediert das BStabG die eigene Reformagenda der Regierung?

Noch absurder wird es, wenn man sich gleichzeitig vor Augen führt, dass diese Reform auch strukturell genau an den Punkten spart, die man eigentlich laut Koalitionsvertrag stärken wollte. Das gilt insbesondere für die Einführung eines Primärversorgungssystems. Denn eigentlich will die schwarz-rote Regierung in dieser Legislatur die Hausarztpraxen verbindlich zur ersten Anlaufstelle der Patientinnen und Patienten machen – und dabei auf die HZV setzen.

Diese Reform ist gerade in Zeiten des demographischen Wandels essenziell, denn der Versorgungsdruck steigt mit wachsender Morbidität.

Das beweist ein Blick ins Ausland, wo Primärversorgungssysteme vielerorts fest etabliert sind. Aber auch in Deutschland liefert die HZV, das einzige in Deutschland etablierte Primärversorgungssystem, entsprechende Erkenntnisse.

In den HZV-Studien zeigen sich seit Jahren positive Versorgungseffekte, insbesondere bei Menschen mit chronischen Erkrankungen, wie Diabetes oder Koronaren Herzerkrankungen. Teilnehmende leben nicht nur länger, sondern werden auch besser versorgt, müssen etwa weniger ins Krankenhaus oder bekommen zielgenauer die benötigten Medikamente. Dass die Regierung bei der Primärversorgungsreform auf die HZV setzen will, hat also gute Gründe! Umso abwegiger ist es, dieses etablierte System nun kurz zuvor mit dem BStabG zu bremsen.

Worauf kommt es jetzt an?

Wie Dr. Carsten Linnemann, der als neuer Bundesgesundheitsminister die großen Strukturreformen nun erbt, im Schatten des BStabG ein Primärversorgungssystem auf die Straße bekommen will, ist aktuell noch vollkommen offen. Fakt ist: Will er die Hausarztpraxen künftig als zentrale Anlaufstelle im Gesundheitssystem verankern wird es ohne die Hausarztpraxen nicht gehen. Es braucht jetzt eine konsequente Stärkung der hausärztlichen Versorgung und der HZV! Ohne die HZV in ihrer derzeitigen Form würden tausende Praxen die Versorgung verlassen und so die Versorgung von Millionen Menschen nicht mehr sicherstellen können. An diesem Punkt sind wir Hausärztinnen und Hausärzte kompromisslos.

Gelingt es, im Rahmen der Primärversorgungsreform die Hausarztpraxen und die HZV wieder aufzubauen, besteht wieder die Chance, die so notwendigen Strukturreform erfolgreich umzusetzen. Dafür muss jetzt allerdings dringend der Kurs korrigiert werden! ■

Gesundheit und Pflege brauchen Mut!

von Klaus Holetschek MdL

Das deutsche Gesundheitssystem steht unter Druck: Steigende Beiträge, überlastete Notaufnahmen und Bürokratie zulasten der Patientenzeit. Die gesetzliche Krankenversicherung ist Teil unseres Generationenvertrages. Wir zahlen ein, weil wir darauf vertrauen, dass das System auch morgen noch trägt. Die GKV-Finanzreform war deshalb ein notwendiger erster Schritt. Wir müssen zurück zu einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik, damit die Beiträge im Sinne der Generationengerechtigkeit stabil bleiben.

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Krankenabsicherung von Bürgergeldempfängern gehören aus Steuermitteln finanziert, nicht aus Beiträgen der Versicherten. Das ist eine Frage der Fairness. Ebenso richtig ist, dass Krankenkassen auch bei sich selbst sparen. Digitalisierung, Entbürokratisierung und KI bieten die Chance, Strukturen zu verschlanken ohne Leistungen zu kürzen. Ein leistungsfähiges Primärarztsystem gibt Orientierung, wann Hausarzt, Facharzt oder Klinik zuständig sind. Das



Zur Person:

Klaus Holetschek MdL,
Vorsitzender der CSU-Fraktion
im Bayerischen Landtag,
Staatsminister a. D.

entlastet Notaufnahmen und stärkt die ambulante Versorgung.

Was wir brauchen, ist echtes Umdenken: Mehr Eigenverantwortung, weniger Bürokratie, mehr Zeit für Patientinnen und Patienten.

Auch die Pflegeversicherung steht unter Druck. Der Entwurf der Pflegereform enthält richtige Ansätze wie mehr Pflegebegleitung, stärkere Prävention und flexiblere Budgets. Klar ist aber: Auch bei der Pflege müssen versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden. Zugleich brauchen wir ergänzend zur Umlage eine kapitalgedeckte Säule für mehr Generationengerechtigkeit. Wer Angehörige besser begleiten will und zugleich über Kürzungen ihrer Rentenpunkte nachdenkt, sendet ein falsches Signal. Millionen Menschen pflegen Angehörige oft jahrelang und unter großen persönlichen Opfern. Sie verdienen Anerkennung, Unterstützung und finanzielle Absicherung.

Eine gute Versorgung in Gesundheit und Pflege ist kein Nebenthema, sondern eine Schicksalsfrage für unsere Gesellschaft. Dafür lohnt es sich zu streiten! ■

Alt werden... in Südafrika



Zwischen Familie, Tradition und großen Gegensätzen

Südafrika ist ein Land der Gegensätze. Das zeigt sich auch beim Älterwerden. Während manche Seniorinnen und Senioren ihren Ruhestand finanziell abgesichert in den Städten oder an der Küste verbringen, sind andere auf eine kleine staatliche Unterstützung und die Hilfe ihrer Familie angewiesen. Gerade für ältere Menschen spiegeln sich damit viele der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede wider, die das Land bis heute prägen. Gleichzeitig haben ältere Menschen in vielen Familien einen festen Platz und übernehmen oft weit mehr Verantwortung, als man mit dem Begriff „Ruhestand“ verbinden würde.

Eine noch junge Gesellschaft wird älter

Im Vergleich zu Deutschland ist Südafrika eine junge Gesellschaft. Doch auch dort wächst der Anteil älterer Menschen. 2026 leben rund 63,5 Millionen Menschen im Land, von denen etwa 6,8 Millionen 60 Jahre oder älter sind. Das entspricht knapp elf Prozent der Bevölkerung.

Noch 2002 lag dieser Anteil bei weniger als acht Prozent.

Auch die Lebenserwartung steigt: Für 2026 wird sie im Durchschnitt auf 68,3 Jahre geschätzt; hierbei erreichen Frauen im Mittel 71 Jahre, Männer 65,5 Jahre. Zum Vergleich: 2002 lag die durchschnittliche Lebenserwartung lediglich bei 55,7 Jahren. Damit gewinnt das Thema Alter auch für die südafrikanische Politik an Bedeutung. Denn eine wachsende ältere Bevölkerung braucht nicht nur Einkommen, sondern auch medizinische Versorgung, Pflege und gesellschaftliche Teilhabe.

Staatliche Hilfe statt klassischer Rente

Das südafrikanische Rentensystem unterscheidet sich deutlich vom deutschen Modell. Eine gesetzliche Rentenversicherung, in die grundsätzlich alle Beschäftigten während ihres Erwerbslebens einzahlen, gibt es in dieser Form nicht. Beschäftigte können über ihren Arbeitgeber oder privat für das Alter vorsorgen. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen und Beschäftigte im informellen Sektor verfügen jedoch häufig über

keine ausreichende private oder betriebliche Altersvorsorge.

Um Altersarmut abzufedern, gibt es deshalb den staatlich finanzierten „Older Persons Grant“. Anspruch darauf können Südafrikaner, dauerhaft Aufenthaltsberechtigte und anerkannte Flüchtlinge ab 60 Jahren haben. Die Leistung ist allerdings an Einkommens- und Vermögensgrenzen gebunden. Seit April 2026 beträgt sie maximal 2.400 Rand monatlich, für Menschen über 75 Jahre 2.420 Rand. Das entspricht – je nach Wechselkurs – nur etwa 120 Euro. Für viele ältere Südafrikaner ist diese Zahlung dennoch die wichtigste regelmäßige Einnahmequelle. Wer während seines Berufslebens ausreichend vorsorgen konnte, befindet sich dagegen in einer völlig anderen Situation. So entstehen auch im Alter große Unterschiede zwischen Arm und Reich.

Die Familie als soziales Netz

Eine besondere Bedeutung hat deshalb die Familie. Mehr als die Hälfte, der von älteren Menschen geführten Haushalte sind erweiterte Familienhaushalte, in denen beispielsweise Kinder,



Enkel oder andere Verwandte zusammenleben. Dabei sind ältere Menschen keineswegs nur diejenigen, die Unterstützung erhalten. Häufig ist das Gegenteil der Fall. Großeltern betreuen Enkelkinder, führen den Haushalt und halten Familien zusammen. Besonders ältere Frauen tragen oft eine erhebliche Verantwortung. In sogenannten „Skip-Generation“-Haushalten leben Großeltern sogar mit ihren Enkeln zusammen, während die Elterngeneration nicht im Haushalt lebt.

Auch die staatliche Altersleistung kann dadurch eine Bedeutung bekommen, die weit über die Versorgung eines einzelnen Rentners hinausgeht. Wo mehrere Generationen von wenigen regelmäßigen Einkünften leben, trägt das Geld eines älteren Familienmitglieds mitunter zum Lebensunterhalt des gesamten Haushalts bei. Die Stellung älterer Menschen ist deshalb von einem interessanten Spannungsverhältnis geprägt: Einerseits genießen sie in vielen Familien Respekt und gelten als Träger von Erfahrung, Tradition und familiärer Geschichte. Andererseits können finanzielle

Abhängigkeit, Armut und fehlende Versorgungsangebote das Leben im Alter erheblich erschweren.

Möglichst lange in der eigenen Gemeinschaft

Auch die südafrikanische Gesetzgebung misst älteren Menschen ausdrücklich eine besondere Stellung bei. Dabei verfolgt Südafrika bewusst den Grundsatz, ältere Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben zu lassen. Ambulante und gemeindenahe Angebote sollen dazu beitragen, dass Pflegebedürftige nicht automatisch in ein Heim ziehen müssen.

Das entspricht der Lebenswirklichkeit vieler Familien, in denen Pflege traditionell zu Hause übernommen wird. Der Staat sieht dafür unter anderem registrierte gemeindebasierte Betreuungsangebote und häusliche Pflege vor. Wer bereits eine staatliche Altersleistung erhält und aufgrund körperlicher oder geistiger Einschränkungen dauerhaft auf Hilfe angewiesen ist, kann zusätzlich einen „Grant-in-Aid“ von derzeit 580 Rand (circa 31 Euro) im Monat erhalten.

Allerdings bestehen auch hier große Unterschiede. Wer über Geld und eine private Krankenversicherung verfügt, kann auf einen deutlich größeren medizinischen und pflegerischen Versorgungsbereich zurückgreifen. Unter den älteren Menschen verfügten 2024 lediglich knapp 22 Prozent über eine private medizinische Absicherung. Damit bleibt für die große Mehrheit das öffentliche Gesundheitssystem entscheidend. ■

Fazit

Alt werden in Südafrika bedeutet vor allem, mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen zu leben. Das Land wird älter, bleibt aber im internationalen Vergleich eine vergleichsweise junge Gesellschaft. Eine staatliche Grundsicherung schützt viele Menschen zumindest teilweise vor völliger Mittellosigkeit, kann jedoch eine ausreichende Altersvorsorge nicht ersetzen. Umso wichtiger sind Familie und Gemeinschaft. Großeltern sind häufig nicht nur Empfänger von Unterstützung, sondern selbst Betreuer, Versorger und eine wichtige Stütze ihrer Familien. Gerade darin zeigt sich eine besondere Seite des Älterwerdens in Südafrika.

Die Herausforderung der kommenden Jahre wird darin liegen, mit der wachsenden Zahl älterer Menschen Schritt zu halten: durch bessere soziale Absicherung, eine verlässliche Gesundheits- und Pflegeversorgung und den Schutz vor Armut und Ausgrenzung. Gleichzeitig gilt es, etwas zu bewahren, das vielerorts bereits fest verankert ist: die Einbindung älterer Menschen in Familie und Gemeinschaft.



Senioren-Union trauert um **Hans Weber**

Mit tiefem Bedauern haben wir die traurige Nachricht erhalten, dass Hans Weber am 25.07.2026 im Alter von 93 Jahren verstorben ist.

Neben seinem allgemeinen kommunalpolitischen Engagement für die Senioren-Union und die CDU in der Stadt Bedburg und dem Rhein-Erft-Kreis, widmete sich Hans Weber in ganz besonderem Maße den Belangen der Seniorinnen und Senioren. Von 2000 bis 2012 war Hans Weber im Bundesvorstand der Senioren-Union aktiv und setzte sich nachhaltig für die Interessen und Bedürfnisse der älteren Generationen ein.

Mit Hans Weber verlieren wir einen überzeugten Mitstreiter der Senioren-Union der CDU. Wir wünschen seiner Ehefrau Kraft in den schweren Stunden des Abschieds und werden ihm dauerhaft ein ehrendes Andenken bewahren.

WIR aktiv vor Ort

Informationen aus
den Landesvereinigungen



Inhalt

Baden-Württemberg

- Mit neuen Impulsen in den politischen Herbst

Nordrhein-Westfalen

- Blick hinter die Kulissen der Vestischen

Niedersachsen

- Neue Impulse aus unseren Vereinigungen
- Neue Senioren-Union Vereinigung in Sehnde gegründet

Saarland

- Stephan Toscani unterstützt Senioren beim Thema Pflege

Hessen

- Ein Jahresempfang, der bewegt hat
- Kältekonzept für heiße Sommer erarbeiten und umsetzen
- „Foll hessisch“ – Viele Ehrengäste beim 40-jährigen Jubiläum
- Die Rente wird sicher gemacht

Rheinland-Pfalz

- Schutz vor Betrug und Täuschung



Mit neuen Impulsen in den politischen Herbst

Baden-Württemberg. Auch wenn es während der Sommermonate etwas ruhiger zugeht, blieb die Senioren-Union Baden-Württemberg nicht untätig. Unter der Leitung ihres Landesvorsitzenden Rainer Wieland bereitet der Landesvorstand die nächsten Schritte der Verbandsarbeit vor. Im Mittelpunkt stehen dabei die inhaltliche Arbeit, eine zeitgemäße Kommunikation und der bevorstehende Landestag.

Mit dem Start der neuen grün-schwarzen Landesregierung hat auch eine neue politische Arbeitsphase begonnen. Die Senioren-Union Baden-Württemberg wird diese konstruktiv begleiten und sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Erfahrungen und Anliegen der älteren Generation in der Landespolitik angemessen berücksichtigt werden.

E-Mail und WhatsApp wichtig für den Austausch

Ein Schwerpunkt der vergangenen Monate war die Arbeit in den verschiedenen Teams des Landesverbandes. Das Team Kommunikation wertete eine Umfrage aus, die beim Landesausschuss durchgeführt worden war. Sie zeigt, dass E-Mail und WhatsApp für den Austausch innerhalb der Senioren-Union inzwischen die wichtigsten Kommunikationswege sind. In einem nächsten Schritt sollen die vorhandenen E-Mail-Verteiler aktualisiert und die digitale Erreichbarkeit weiter verbessert werden.

Auch das Team Mitgliederformate beschäftigt sich intensiv mit der Frage, wie die Homepage des Landesverbandes noch stärker genutzt werden kann. Dabei kommt den Mitgliedern selbst eine wichtige Rolle zu: Sie können als Multiplikatoren auf aktuelle Beiträge, Veranstaltungen und politische Initiativen hinweisen und so die Arbeit der Senioren-Union über den eigenen Verband hinaus bekannter machen. Das Team Finanzen prüft unterdessen Möglichkeiten, Abläufe und Informationen innerhalb des Landesverbandes übersichtlicher zusammenzuführen. Neue digitale Angebote der CDU sollen dabei ebenfalls einbezogen werden.

Blick richtet sich auf die Landestagung

Der Blick richtet sich nun vor allem auf den Landestag der Senioren-Union Baden-Württemberg am 10. Oktober 2026 in Gerlingen. Neben den notwendigen Regularien und den Wahlen der Delegierten soll dort auch ein deutlicher inhaltlicher Akzent gesetzt werden.

Im Zentrum steht die Pflegepolitik. Unter dem Titel „Pflegerische Angehörige – den größten Pflegedienst im Land stärken!“ liegt ein umfangreicher Antrag zur Beratung vor. Denn der größte Teil der Pflege wird weiterhin zu Hause geleistet – von Angehörigen, Nachbarn und ambulanten Diensten. Die Senioren-Union will deshalb diejenigen stärker unterstützen, die diese verantwortungsvolle und häufig belastende Aufgabe übernehmen.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören bessere Beratungs- und Unterstützungsangebote, der Ausbau von Nachbarschaftshilfen sowie mehr Kurzzeit- und Tagespflegeplätze. Auch eine bessere soziale Absicherung, besondere Angebote zur gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation sowie die Förderung barrierefreien Wohnens werden angesprochen.

Damit startet die Senioren-Union Baden-Württemberg mit klaren Themen und neuen Impulsen in den politischen Herbst. Der Landesvorsitzende Rainer Wieland und der Landesvorstand setzen dabei auf eine engagierte Zusammenarbeit der Bezirks- und Kreisverbände sowie auf die weitere Stärkung der Senioren-Union als verlässliche Stimme der älteren Generation. ■

Dr. Georg Müller

Blick hinter die Kulissen der Vestischen

Bottrop. Die Vestische Straßenbahnen GmbH – kurz **Vestische** – ist als Verkehrsunternehmen für den öffentlichen Personennahverkehr im Kreis Recklinghausen, in der Stadt Bottrop sowie im nördlichen Teil der Stadt Gelsenkirchen zuständig. Ihr Name geht auf das historische Vest Recklinghausen zurück. Mit einem umfangreichen Liniennetz leistet die Vestische einen wichtigen Beitrag für die Mobilität der Menschen in der Region und damit auch für gesellschaftliche Teilhabe und Lebensqualität.

Der Landesvorstand der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen nutzte die Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen des Betriebshofs und der Verwaltung am Standort Herten zu werfen. Nach der Begrüßung durch Geschäftsführer Michael Feller stand zunächst eine Besichtigung der Werkstatt auf dem Programm. Dort werden heute ausschließlich Busse gewartet und betankt, nachdem der Straßenbahnbetrieb in den vergangenen Jahren schrittweise eingestellt wurde. Die Mitglieder des Landesvorstands erhielten dabei interessante Einblicke in die technischen Abläufe und die Anforderungen an einen modernen und zuverlässigen Busbetrieb.

Nahverkehr soll nicht zu neuen Barrieren für Senioren führen

Im Anschluss ging es in die Verwaltung. Dort informierten sich die Teilnehmerinnen und Teil-

nehmer unter anderem über die aktuellen Entwicklungen beim **bargeldlosen Bezahlen im öffentlichen Nahverkehr**. Das Thema war bereits Gegenstand eines Antrags des Bezirksverbands Ruhr der Senioren-Union bei der letzten Landesdelegiertenversammlung und wurde dort beschlossen. Gerade für ältere Menschen ist es von besonderer Bedeutung, dass die Digitalisierung des öffentlichen Nahverkehrs nicht zu neuen Barrieren führt, sondern Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe weiterhin für alle ermöglicht. Denn Digitalisierung und neue Bezahlssysteme können den Zugang zum öffentlichen Nahverkehr erleichtern – sie dürfen aber gleichzeitig niemanden ausschließen, der digitale Angebote nicht oder nur eingeschränkt nutzen kann.

Die Vertreter der Vestischen erläuterten ihre Strategie, den Übergang zur bargeldlosen Zahlung deshalb **schrittweise und sozialverträglich** zu gestalten. Vorgesehen sind unter anderem Guthabekarten, mit denen auch Fahrgäste ohne Smartphone oder Bankkarte weiterhin unkompliziert Tickets erwerben können. Hintergrund ist, dass derzeit noch rund 90 Prozent der Fahrgäste ihre Tickets bar bezahlen. Ein kurzfristiger vollständiger Verzicht auf Bargeld würde daher viele Menschen vor erhebliche Schwierigkeiten stellen.

Für die Senioren-Union ist entscheidend, dass die notwendige Digitalisierung **nicht zur**

digitalen Ausgrenzung führt. Gerade ältere Menschen müssen auch künftig die Möglichkeit haben, den öffentlichen Nahverkehr einfach, sicher und selbstständig zu nutzen. Neue digitale Angebote sollten deshalb bestehende Möglichkeiten ergänzen und nicht ersatzlos ersetzen.

Das von der Vestischen vorgestellte schrittweise Vorgehen, bei dem die Fahrgäste auf dem Weg zur Veränderung mitgenommen werden sollen, fand bei den Mitgliedern des Landesvorstands große Zustimmung. Der Besuch machte zugleich deutlich, wie wichtig ein enger Austausch zwischen Verkehrsunternehmen und den Interessenvertretungen der älteren Generation ist.

Mobilität ist eine Voraussetzung für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe – und sie muss für alle Generationen zugänglich bleiben. Die Senioren-Union NRW wird sich deshalb auch weiterhin dafür einsetzen, dass Modernisierung und Digitalisierung im öffentlichen Nahverkehr mit den Bedürfnissen der Menschen zusammen gedacht werden. ■



v.l.n.r.: Torsten Kastner (Centerleiter Vestische), Michael Feller (Geschäftsführer Vestische), Peter Frühlingsdorf, Sibilla Simons, Dr. Anette Bunse MdL, Jürgen Lohmann, Hildegard Kuhlmann, Gerhardt Schmidt, Gerd Josmann, Wolfgang Kisters, Hubert Brill, Bruni Wiemers, Daniel Güttler



Neue Impulse aus unseren Vereinigungen

Niedersachsen. Auch in unseren Kreis- und Stadtvereinigungen gibt es immer wieder Veränderungen und neue Impulse. Deshalb möchten wir in alt&jung regelmäßig darüber berichten, was sich in der Senioren-Union vor Ort bewegt und welche Menschen Verantwortung übernehmen.

Nach einer ruhigeren Phase startet die **Senioren-Union im CDU-Stadtverband Bückeburg** mit neuem Schwung in die Zukunft. **Rüdiger Grigoleit** möchte dazu beitragen, die Arbeit vor Ort wieder stärker zu beleben und die Senioren-Union als Stimme der älteren Generation sichtbarer zu machen. Wir wünschen ihm und allen Beteiligten für diesen Neustart viel Erfolg, gute Ideen sowie viele engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Auch aus der **Kreisvereinigung Rotenburg (Wümme)** gibt es Neues zu berichten. Mit **Reinhard Grindel** steht ein politisch sehr erfahrener Mann an der Spitze der Senioren-Union. Als ehemaliger Bundestagsabgeordneter verfügt er über umfassende politische Erfahrung und ein großes Netzwerk. Davon können nicht nur die Kreisverei-

nigung, sondern auch die Senioren-Union Niedersachsen insgesamt profitieren. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Eine weitere personelle Veränderung gibt es in **Bad Pyrmont**. Dort übernimmt **Wilfried Lorenz** als neuer Kreisvorsitzender Verantwortung für die Senioren-Union. Als ehemaliger Bundestagsabgeordneter verfügt auch er über langjährige politische Erfahrung, die er nun verstärkt in die Arbeit für die ältere Generation einbringen möchte. Wir gratulieren ihm zu seiner neuen Aufgabe und wünschen ihm und seiner Vereinigung viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Die Entwicklungen in Bückeburg, Rotenburg (Wümme) und Bad Pyrmont zeigen, wie wichtig engagierte Persönlichkeiten für unsere Arbeit sind. Die Senioren-Union Niedersachsen lebt vom Engagement vor Ort, von neuen Ideen und von Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und die Interessen der älteren Generation mit starker Stimme zu vertreten. ■

Neue Senioren-Union Vereinigung in Sehnde gegründet



Die neue Senioren-Union in Sehnde

Sehnde. Mit der Gründung der **Senioren-Union Vereinigung Sehnde** wächst die Senioren-Union Hannover-Land weiter. Was vor einigen Monaten mit einer Idee engagierter CDU-Mitglieder begann, ist inzwischen erfolgreich Wirklichkeit geworden.

„Es war keine Bierlaune“, betonte der Kreisvorsitzende der Senioren-Union Hannover-Land, **Manfred Gröne**, schmunzelnd. Vielmehr waren zahlreiche Gespräche und Telefonate erforderlich, um alle organisatorischen Voraussetzungen für die

Gründung einer neuen Vereinigung zu schaffen.

Bereits vor einigen Monaten trafen sich die Initiatoren zu einer ersten Besprechung, um die Rahmenbedingungen und das weitere Vorgehen zu erörtern. An diesem Treffen nahm auch der Kreisvorsitzende **Manfred Gröne** teil und sicherte von Beginn an die Unterstützung der Senioren-Union Hannover-Land zu.

Anfang August war es schließlich so weit: Die Gründungsversammlung konnte erfolgreich in Sehnde durchgeführt werden. >>



Insgesamt **elf stimmberechtigte Mitglieder** bildeten die Gründungsmitglieder der neuen Senioren-Union Vereinigung.

Welchen Stellenwert die Senioren-Union inzwischen innerhalb der CDU einnimmt, zeigte die Teilnahme hochrangiger Gäste. So nahmen der Bundestagsabgeordnete **Tilman Kuban** sowie die Landtagsabgeordnete **Heike Koehler** an der Veranstaltung teil. Gemeinsam mit Manfred Gröne begleiteten sie die Vorstandswahlen.

Zum Vorsitzenden der neuen Senioren-Union Sehnde wurde

Dr. Hartmut Pick gewählt. Ihm zur Seite steht künftig **Ellen Osten** als stellvertretende Vorsitzende. Das Amt des Schatzmeisters übernimmt **Rudolf Lison**. Gemeinsam wird der neue Vorstand die politische Arbeit der Senioren-Union in Sehnde aufbauen und weiterentwickeln.

Dass sich die neue Vereinigung von Beginn an aktiv in gesellschaftliche Zukunftsthemen einbringen möchte, wurde unmittelbar nach der Gründungsversammlung deutlich. Vor einem bis auf den letzten Platz

gefüllten Saal fand ein Vortrag zum Thema **Künstliche Intelligenz (KI)** statt, der auf großes Interesse stieß und zu einer lebhaften Diskussion führte.

Mit der Gründung in Sehnde verfügt die Senioren-Union Hannover-Land nun über **acht aktive Vereinigungen** und zählt wieder **mehr als 300 Mitglieder**. Damit setzt sie ihren erfolgreichen Wachstumskurs fort und stärkt zugleich die politische Interessenvertretung der älteren Generation in der Region. ■

Stephan Toscani unterstützt Senioren beim Thema Pflege



Saarland. Stephan Toscani, CDU-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2027 kam gerne zum Sommerfest der Senioren-Union auf dem Schaumbergplateau. Es war für ihn auch eine sog. „Zuhör-Tour“, gerne war er unter vielen Seniorinnen und Senioren zum Austausch. Begrüßt wurde er vom Landesvorsitzenden der Senioren-Union, Manfred Maurer, der ihm auch die Anliegen der älteren Generation in den Rucksack packte. Es waren aktuell die zwei großen Themen, die die Seniorinnen und Senioren bei der Landtagswahl gerne berücksichtigt haben wollen:

Einen seniorengerechten ÖPNV ohne störende Waben, ein verbessertes Netz im ländlichen Bereich und eine ÖPNV-Senioren-Card mit Ermäßigung.

Das zweite und wichtigste Thema war die Pflege, wo Manfred Maurer darauf abzielte: **„Die Pflege darf nicht zur neuen sozialen Frage werden.“** Hier habe sich die Senioren-Union intensiv zum Thema Heimkosten bei der stationären Pflege eingebracht mit dem Vorschlag diese von Fremdkosten, wie Ausbildung der Pflegenden und insbesondere von den Investitionskosten zu entlasten und das Land hier zu beteiligen, auch damit Investitionskosten im Blick zu behalten für eine senio-

rengerechte Ausstattung, ohne „goldene Wasserschiffe“ zu finanzieren. Es wäre eine Entlastung von rd. 900 € im Saarland die gerechtfertigt wäre.

Der CDU-Chef Stephan Toscani machte vor über 300 Seniorinnen und Senioren deutlich, dass dieses Thema von ihm im Wahlprogramm verfolgt und auch ergänzt wird durch die Forderung nach einer finanziellen Unterstützung für pflegende Angehörigen, die in den Familien fast 85 % der Pflege leisten und damit die Unterbringung in der stationären Pflege etwas später kommt.

Diese Grundaussagen, angestoßen von der Senioren-Union, wurden von Stephan Toscani beim Landesparteitag in Eppelborn öffentlich gemacht. Somit hat die Senioren-Union mit guter Unterstützung des Landesfachausschusses auf einem langen Weg, die Parteispitze überzeugt und wird sich engagiert in den bevorstehenden Wahlkampf einbringen. ■



Manfred Maurer und
Stephan Toscani

Ein Jahresempfang, der bewegt hat



Weilburg. Im Komödienbau Weilburg begrüßte Kreisvorsitzender Joachim Veyhelmann für die Senioren-Union Limburg-Weilburg zahlreiche Gäste zum Jahresempfang 2026.

Thema: die Rettung der zweitgrößten Neurologie Deutschlands in Weilmünster und ihre Integration in das Kreiskrankenhaus Weilburg.

Nach der überraschenden Ankündigung durch den Betreiber Vitos, die Neurologie aufzugeben, blieb nur wenig Zeit, eine Verlagerung außerhalb des Landkreises zu verhindern. Es stand nicht nur die medizinische Ver-

sorgung, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Der Geschäftsführer des Kreiskrankenhauses Weilburg, der Chefarzt der Neurologie sowie die betroffenen Standortbürgermeister schilderten die enormen Herausforderungen dieses Mammutprojekts

Wie groß der Verlust für die Region ebenso wie für die Mitarbeiter der Neurologie gewesen wäre, wurde deutlich.

Eine rundum gelungene Veranstaltung – mit einer starken Botschaft: Wenn eine Region zusammensteht, kann sie Großes bewegen. ■

Kältekonzept für heiße Sommer erarbeiten und umsetzen

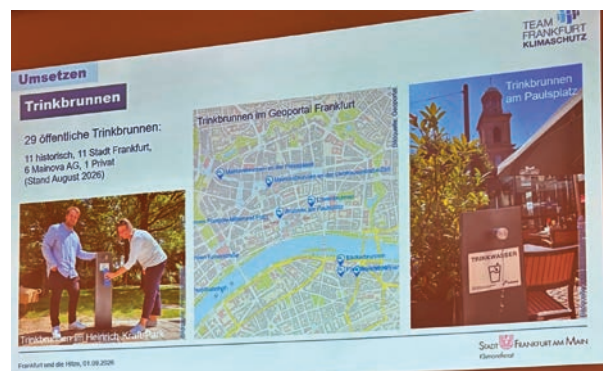
Frankfurt. Die Senioren-Union Frankfurt nimmt sich eines aktuellen Themas an. Der Sommer 2026 hat nämlich gezeigt, dass Deutschland mit weiteren Hitzewellen bis zu 40 Grad rechnen muss. Die Frage lautet daher: „Sind wir für diese Situation gewappnet?“

Lara-Maria Mohr vom Klimareferat der Stadt Frankfurt gab der Senioren Union einen Überblick über die vielfältigen Maßnahmen zur klimagerechten Gestaltung Frankfurts. Was aber aus Sicht der Senioren-Union fehlt, ist ein Kältekonzept für die Stadt.

„Wir müssen weg von einzelnen Modellprojekten zu einer möglichst flächendeckenden Vorsorge,“ betonte Frank Goldberg, klimapolitischer Sprecher der Senioren-Union Frankfurt. „Was wir jetzt brauchen, ist ein Kältekonzept mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen, das sich an den jeweiligen lokalen Gegebenheiten orientiert und Schulen, Krankenhäuser und Seniorenzentren einbezieht.“ Dazu gehören auch öffentliche coole Räume, Trinkwasserspender, Sprühnebelanlagen und vieles mehr.

„Die Zeit bis zur nächsten Hitzewelle darf nicht vertrödelt werden. Wir werden den Wettlauf mit der Hitze nicht gewinnen, wenn wir von allem nur ein bisschen machen und die Zeit bis zum nächsten Sommer weiter vertrödeln“, so Goldberg.

Der Landesvorstand der SU - Hessen unterstützt die Frankfurter Aktivitäten und wünscht sich von seinen Mitgliedern Beispiele von erfolgreichen Maßnahmen. Diese sollen gesammelt und dann allgemein zugänglich gemacht werden. ■



„Foll hessisch“ – Viele Ehrengäste beim 40-jährigen Jubiläum



Fulda. Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der CDU- Senioren-Union Hessen im Juni 2026 gab es zahlreiche Grußworte. Michael Brand, MdB, Staatssekretär im BMBFSFJ (Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend), überbrachte auch die Grüße von Ministerin Karin Prien. Er sprach den Seniorinnen und Senioren die größte Sensibilität zu, auf die Veränderungen in der Gesellschaft überlegt und angemessen zu reagieren; ganz entsprechend dem Motto der Veranstaltung „Zukunft braucht Erfahrung“.

Der Generalsekretär der Hessischen CDU, Leopold Born, lobte die Senioren-Union für Tat, Mut, Erfahrung und Initiativen im politischen und vopolitischen Raum. Die CDU Hessen wäre heute nicht so erfolgreich, wenn es die Senioren-Union nicht gäbe, so seine Zusammenfassung.

Für die gastgebende Stadt Fulda, die mit Oberbürgermeister Heiko Wingefeld und Bürgermeister Dag Wehner vertreten war, bedankte sich letzterer in seinem Grußwort für das große Engagement der SU. „Ihr seid engagiert in gesellschaftlicher Verantwortung und Ihr kennt kein Rentenalter“, rief er den Besuchern zu.

Der Fuldaer Senioren -Vorsitzende Karl-Josef Hahner kam gleich in zwei Rollen zum Einsatz. Er bedankte sich in seinem Grußwort bei den 400 Besuchern. Denn nur sie hätten den großartigen Rahmen für diese Veranstaltung gegeben. Und in seiner zweiten Rolle war er als Bandleader mit seinen Musikkollegen für die musikalische Gestaltung der Feier verantwortlich und unterhielt auch vor und nach der Veranstaltung beim Essen die Teilnehmer in dem schön geschmückten Saal mit Hits von früher und heute.

In seinem Schlusswort bedankte sich der Vorsitzende Kurt Wiegel bei allen, die aktiv bei der Vorbereitung der Veranstaltung mitgewirkt hatten, an der Spitze die Landesgeschäftsführerin Wilma Gatzka.

Eine Broschüre zu 40 Jahren Senioren-Union Hessen konnten alle Teilnehmer mit nach Hause nehmen. Sie wird nun weiter verteilt werden.

Und weil ja nun auch noch der Hessestags in Fulda stattfand, ließen es sich die meisten Teilnehmer nicht nehmen, einen ausgiebigen Bummel über die Festmeile in der Stadt zu machen. „Foll hessisch“, lautet in diesem Jahr das Motto des Hessestags. Und als „Foll Senioren-Union“ kann die erfolgreiche Festveranstaltung in die Annalen der Senioren-Union Hessen eingehen. ■

Die Rente wird sicher gemacht

Bad Nauheim. Die Klausurtagung des Vorstandes und der Kreisvorsitzenden der Senioren-Union Hessen konnte in diesem Jahr zwei prominente Gäste begrüßen.

Am Vormittag war der Rentenrebell, Chef der Jungen Gruppe in der CDU/CSU Bundestagsfraktion und CDU-Mitglied in der Alterssicherungskommission, Pascal Reddig, zu Gast. Der hessische Abgeordnete berichtete über die Arbeit des Gremiums, das seine 33 Vorschläge ohne Durchstecherei und in großer Einmütigkeit erarbeitet hat. Er warb für eine vollständige Umsetzung der Vorschläge und bekam dafür die Unterstützung der SU Hessen.

Die Rente wieder auf sichere Beine zu stellen, bedarf aber der Anstrengung aller. Neben der staatlichen Rente müssen die weiteren Beine in Form der privaten Vorsorge, der Betriebsrenten, längerer Arbeitszeiten und auch des neuen Rentenfonds ihren Beitrag leisten, damit auch künftige Generationen nach dem Berufsleben ein vernünftiges Auskommen haben.

Auf den Unterschied zwischen Renten und Pensionen eingehend, sollte nach Meinung von Pascal Reddig bei den Pensionen nicht allein das letzte Gehalt maßgeblich sein, sondern ähnlich der Renten das Einkommen eines längeren Zeitraums vor dem Pensionsbeginn. Pascal Reddig nahm sich ausreichend Zeit, Fragen zu beantworten und zu diskutieren.

Leopold Born, der junge und sehr agile Generalsekretär der CDU Hessen, berichtete über die aktuellen Themen in Hessen und im Bund. Sein wichtigster Appell galt der bürgerlichen Mitte, zu der er auch die SU zählt. Diese dürfe sich angesichts der Extremisten auf beiden Seiten des politischen Spektrums nicht zurückziehen, sondern müsse die bürgerlichen Themen stärker nach vorne schieben. Zukunft braucht Erfahrung. Und dazu müsse auch immer wieder verdeutlicht werden, dass es uns in Deutschland noch nie so gut ging wie heute. Und dass es enormer Anstrengungen bedürfe, dass dies angesichts der vielen aktuellen Herausforderungen so bliebe. Auch Leopold Born fand in der anschließenden Diskussion viel Rückhalt und Unterstützung durch die SU-Hessen.

Die Versammlung beschloss außerdem, das Thema der Klimaanpassung stärker in die Arbeit des kommenden Jahres einzubinden.

So kann diese Tagung als ein wichtiger und motivierender Beitrag für die Arbeit der Senioren-Union Hessen auf allen Ebenen verbucht werden. ■

Erfolgreich und intensiver Austausch der SU-Hessen



Foto: privat



Schutz vor Betrug und Täuschung

Rheinland-Pfalz. Vor zwei Jahren startete die Senioren-Union Rheinland-Pfalz eine Sicherheitsreihe, um Betrug gezielt zu verhindern. Damals standen Schockanrufe (Enkeltrick) und dubiose Haustürbesuche im Vordergrund. Auch das Abfragen sensibler Daten am Telefon oder an der Tür konnte zu Schäden führen. Ob zuhause oder unterwegs – prüfen Sie jeden Hinweis sorgfältig und schenken Sie Fremden kein Vertrauen.

Warum das Thema heute wichtiger ist

Der Ton in der Gesellschaft ist oft rauer geworden. Extreme politische Strömungen und Gewaltbereitschaft verunsichern viele Menschen. Konflikte entstehen leichter, wenn Menschen unterschiedliche Ziele haben. Es hilft, aufmerksam zu bleiben, frühzeitig zu erkennen, ob eine Situation eskalieren könnte, und ruhig zu handeln.

Was Sie tun können – Schritt für Schritt

Sicherheit im Alltag lässt sich gut umsetzen, wenn Sie wachsam bleiben und klare Grenzen setzen.

Hier einige praktikable Ansätze:

■ Achtsamkeit im Alltag

Prüfen Sie Anfragen sorgfältig, holen Sie sich bei Unsicherheit Rat von Familie oder Vertrauenspersonen. Geben Sie niemals sensible Daten am Telefon weiter.

■ Konflikte entschärfen

Versuchen Sie, die Perspektive des Gegenübers zu verstehen, bleiben Sie ruhig und setzen Sie klare Grenzen. Suchen Sie, wo möglich, einen sicheren Ort auf.

■ Grenzen setzen – freundlich, aber bestimmt

Sagen Sie Nein, wenn nötig: „Ich möchte das erst prüfen.“ Verlangen Sie Bedenkzeit und kommunizieren Sie Ihre Grenzen deutlich.

■ Keine Scheinsicherheit pflegen

Selbstverteidigungstechniken oder Pfefferspray können in Stresssituationen wirkungslos sein. Priorisieren Sie Risikoerkennung, Absicherung und rechtzeitiges Alarmieren.

■ Sicherheit nicht allein riskieren

Bei Bedrohung oder akuter Gefahr holen Sie Hilfe von Polizei oder Sicherheitsdiensten und informieren Sie Nachbarn oder Vertrauenspersonen.

■ Eigenschutz geht vor

Distanz gewinnen, Hindernisse nutzen, fliehen. Rufen Sie die Polizei und suchen Sie Schutz in sicheren Bereichen.

Praktische Hinweise für den Alltag

■ Haustür und Telefon

Prüfen Sie Identität, notieren Sie Unternehmensname, verifizieren Sie Aufträge schriftlich oder telefonisch. Verlangen Sie Zeit und eine verlässliche Telefonnummer.

■ Bargeld und Bankgeschäfte

Verwahren Sie Bargeld sicher, nutzen Sie gut beleuchtete Filialen und Geldautomaten. Geben Sie Geheimzahlen niemals weiter.

■ Reisen und Mobilität

Blieben Sie in belebten Bereichen, sichern Sie Wertsachen und halten Sie Notrufnummern bereit.

■ Wenn Sie sich unsicher fühlen

Wenden Sie sich an eine Vertrauensperson oder Ihre örtliche Polizeidienststelle. Viele Städte bieten Beratungsstellen für Seniorinnen und Senioren. Nutzen Sie offizielle Informationen Ihres Verbandes für faktenbasierte Hinweise.



Fortsetzung und Materialien

Die Sicherheitsreihe der Senioren-Union Rheinland-Pfalz wird fortgeführt. Alle Broschüren bieten kompakte Hilfe und Tipps. Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des Landesverbandes:

www.seniorenunion-rlp.de



Über uns Aktuelles Mitmachen Service

Karl-Heinz Totz
Landesvorsitzender

Herzlich willkommen bei der Senioren-Union Rheinland-Pfalz

Mit Mut und Erfahrung Zukunft gestalten. Dies ist der Anspruch, mit dem wir Politik machen und als Ältere inmitten der Gesellschaft tätig sind. Die Senioren-Union der CDU engagiert sich für eine menschliche und solidarische Gesellschaft – generationenübergreifend – für Alt und Jung. Eine menschliche Gesellschaft heißt gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger.

alt & jung
UNION DER GENERATIONEN